

Fragen

**für die Fragestunde der 150. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 12. März 2008**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 55	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47	Kurth, Undine (Quedlinburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Bonde, Alexander (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53	Lamp, Helmut (CDU/CSU)	48, 49
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	9, 21	Lötzer, Ulla (DIE LINKE.)	44, 45
Dr. Dehm, Diether (DIE LINKE.)	42, 43	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	38, 56
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Niebel, Dirk (FDP)	36, 37
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	18, 19	Rohde, Jörg (FDP)	12, 13
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57	Schäfer, Paul (Köln) (DIE LINKE.)	20, 54
Herlitzius, Bettina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6	Schäffler, Frank (FDP)	26, 27
Hermann, Winfried (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	31, 32
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	16, 39	Dr. Solms, Hermann Otto (FDP)	28, 29
Höfken, Ulrike (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50	Steenblock, Rainer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4	Stokar von Neuforn, Silke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Koppelin, Jürgen (FDP)	24, 25	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	33, 51
		Ulrich, Alexander (DIE LINKE.)	40, 41
		Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	1, 2

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	14

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)

Hält die Bundesregierung an der Behauptung ihrer Staatsministerin Hildegard Müller in der Plenardebatte vom 6. März 2008 zu TOP 11 (Plenarprotokoll 16/148) fest, die Bundestagsdrucksache 16/6428 sei ein Bericht der Bundesregierung zum Bürokratieabbau, und wenn nein, in welchem anderen Bericht entkräftet die Bundesregierung an einzelnen Beispielen den Vorwurf, der von ihr betriebene Bürokratieabbau hätte gesellschaftlich negative Auswirkungen, wie geäußert vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit im Zusammenhang mit dem Ersten Mittelstandsentlastungsgesetz am Beispiel des Datenschutzes für Kleinbetriebe in einem Brief vom 9. Juni 2006 an die Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages und wie geäußert vom Deutschen Gewerkschaftsbund zur Frage der Statistikausdünnung in seinen Stellungnahmen zum Ersten und zum Zweiten Mittelstandsentlastungsgesetz?

2. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)

Wie hoch ist die Anzahl der Arbeitsplätze, die laut Staatsministerin Hildegard Müller entstanden sind durch die größere Freiheit für die Wirtschaft infolge der Mittelstandsentlastungsgesetze der Bundesregierung, und welche Gründe sind der Bundesregierung bekannt über den Ausstieg von Gewerkschaften und Umweltverbänden aus dem Modellprojekt zum Bürokratieabbau in Ostwestfalen-Lippe?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

3. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwieweit treffen Aussagen zu, dass die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) zwischen Bund und Deutsche Bahn AG (DB AG) unterschriftsreif im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorliegt, und inwieweit ist die LuFV mit den Bundesländern abgestimmt?

-
4. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die LuFV dem Parlament vorgelegt, und welchen Zeitplan zur Umsetzung der LuFV hat die Bundesregierung?
5. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit nimmt die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und DB AG Einfluss auf die Höhe der Trassenpreise, und inwieweit wird mit der LuFV eine Quersubventionierung, z. B. des Schienenpersonenfernverkehrs (SPFV), mit Einnahmen aus den Trassenerlösen aus dem Schienenpersonennahverkehr (SPNV) vermieden?
6. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stellt die LuFV eine Erneuerung der überwiegend für den SPNV genutzten Strecken sicher, und auf welche Weise spielen Kriterien eines integralen Taktfahrplanes wie Reisegeschwindigkeiten, Pünktlichkeit, Fahrzeitreserve, Anschlusssicherung und Zahl möglicher Anschlüsse mit kurzen Umsteigezeiten eine Rolle?
7. Abgeordneter
Winfried Hermann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse aus dem Unterausschuss Eisenbahninfrastruktur des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages fanden Eingang in die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und DB AG, und welche Fragestellungen aus dem Unterausschuss müssen noch erörtert werden?
8. Abgeordneter
Winfried Hermann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie werden Langsamfahrstellen in der LuFV bewertet, und welche konkreten Vereinbarungen gibt es zur Kapazität der Schienenwege in der LuFV?
9. Abgeordnete
Sevim Dagdelen
(DIE LINKE.)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass seit dem 1. Januar 2008 ca. 1 000 Lokführer bei der DB-Zeitarbeit, deren Tarifpartner der Vorsitzende der Gewerkschaft Transnet, Norbert Hansen, ist, beschäftigt werden, die deutlich weniger verdienen als der Ende 2007 abgeschlossene Tarifvertrag der GDL vorsieht, und wie wird die Bundesregierung ggf. in den Gesprächen mit den Tarifparteien, bei denen der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, vermittelnd agiert, diesen Umstand ansprechen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

10. Abgeordnete
**Undine
Kurth
(Quedlinburg)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die zu erwartenden Auswirkungen des für den 24. Mai 2008 auf der Mittleren Elbe zwischen Dömitz und Geesthacht – und damit in Natura-2000-Gebieten und im Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe – geplanten Powerboot-Rennens auf Natur (zum Beispiel Brutvögel), Anwohner und Erholungssuchende, und hält sie diese Sportveranstaltung für mit den Zielen des Natur- und Artenschutzes vereinbar?
11. Abgeordnete
**Undine
Kurth
(Quedlinburg)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen bzw. wird sie ergreifen, um den angemessenen Schutz von Natur, Anwohnern und Erholungssuchenden zu gewährleisten, und wie wurde das an die Bundesministerien für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gerichtete Schreiben des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) vom 8. Februar 2008 beantwortet?
12. Abgeordneter
**Jörg
Rohde**
(FDP)
- Erwartet die Bundesregierung innerhalb der nächsten 10 Jahre auf EU-Ebene eine Veränderung von Emissionsgrenzwerten, die für den Betrieb von Asphaltwerken relevant sind, und wird die Bundesregierung selbst auf eine Verschärfung entsprechender Grenzwerte hinwirken?
13. Abgeordneter
**Jörg
Rohde**
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die unterschiedlichen Emissionsgrenzwerte für die Verbrennung von Kohlestaub im Vergleich zur Verbrennung von Öl, und beabsichtigt die Bundesregierung, auf eine Veränderung der Differenz zwischen den Emissionsgrenzwerten hinzuwirken?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

14. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welcher Zusammenhang besteht nach Ansicht der Bundesregierung zwischen den im Februar 2008 bekannt gewordenen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen zwei leitende Mitarbeiter aus dem Geschäftsbereich Stilllegung des Forschungszentrums Karlsruhe wegen Bestechlichkeit und Korruption und den exorbitanten Kostensteigerungen beim Rückbau atomarer Anlagen, und welche Verstöße gegen atomrechtliche Bestimmungen spielen bei den Ermittlungen eine Rolle?
15. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Seit wann wusste das Bundesministerium für Bildung und Forschung von den Bestechungsvorfällen, und weshalb wurde die baden-württembergische Atomaufsicht erst am 12. Februar 2008 informiert?
16. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Was waren aus Sicht der Bundesregierung die wesentlichen Ergebnisse der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit veranstalteten Tagung zum Deutschen Qualifikationsrahmen in Berlin am 5. und 6. März 2008?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

17. Abgeordneter
**Volker
Beck**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Initiativen und Gespräche hat die Bundesregierung bilateral oder multilateral ergriffen, um Gefangene aus Guantanamo, die von den USA nicht als Terroristen eingestuft werden (vgl. Bundestagsdrucksache 16/7411), freizubekommen und damit auch einen Beitrag dazu zu leisten, das rechtsstaatswidrige Gefangenenlager aufzulösen, und warum hat sie – ggf. auch gemeinsam mit anderen Staaten – bisher kein Angebot zur Aufnahme eines Teiles dieser Gefangenen gemacht?
18. Abgeordneter
**Wolfgang
Gehrcke**
(DIE LINKE.)
- Wird sich die Bundesregierung der Bewertung der Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten, dass die Verletzung der Grenze Ecuadors durch die Streitkräfte Kolumbiens einen zu verurteilenden Völkerrechtsbruch darstellt, anschließen?

19. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Welche diplomatischen Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um Kolumbien darauf zu drängen, die zugespitzte Lage zu entschärfen und Südamerika nicht zum Schauplatz von Krieg bzw. Bürgerkrieg werden zu lassen?
20. Abgeordneter
Paul Schäfer
(Köln)
(DIE LINKE.)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um zu verhindern, dass von der afghanischen Armee Kinder unter 18 Jahren eingezogen, ausgebildet und bei militärischen Operationen eingesetzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

21. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Gibt es einen neuen Zeitplan der Bundesregierung für die Vorlage und Verabschiedung eines Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus angesichts der Tatsache, dass der vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Peter Altmaier, am 16. Januar 2008 im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages vorgestellte Zeitplan (Januar: abgestimmter Ressortentwurf, Februar: Stellungnahmen der Nichtregierungsorganisationen zum neuen Entwurf, März: Verabschiedung im Kabinett) nicht mehr einzuhalten ist, und wie sieht dieser Zeitplan aus?
22. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche neuen Vorschläge beabsichtigt die Bundesregierung zur Lösung des Tarifkonfliktes im öffentlichen Dienst und zur Deeskalation dieses Arbeitskampfes vorzulegen, nachdem die Tarifverhandlungen gescheitert sind?
23. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Bundesminister des Innern als Verhandlungsführer des Bundes in den letzten Tarifverhandlungen am 6. März 2008 vorgegangen, nachdem er zuvor erklärt hatte: „Ich bin zuversichtlich, dass wir in der kommenden Woche zu einem Ergebnis kommen, das den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und damit den langfristigen Interessen der Beschäftigten entspricht.“ (Bild am Sonntag vom 2. März 2008), und wie erklärt er sich, dass die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di das bisherige Angebot der Arbeitgeber ablehnt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

24. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP) Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass bei einem weiteren Sanierungsbedarf für die Deutsche Industriebank AG (IKB) die Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe (KfW) und das ERP-Sondervermögen nicht weiter belastet werden?
25. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP) Welche weiteren Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um einen Nachteilsausgleich zu gestalten für den Fall, dass die KfW weiteren originären Sanierungsbedarf zur Sanierung der IKB erbringen muss?
26. Abgeordneter
Frank Schäffler
(FDP) Warum hat die Bundesregierung bezüglich der Deutsche Industriebank AG keine Genehmigung nach Artikel 87 Abs. 3 Buchstabe b des EG-Vertrags, welcher eine Beihilfe zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaates erlaubt, bei der Europäischen Kommission beantragt?
27. Abgeordneter
Frank Schäffler
(FDP) Gab es vor der Bestellung von Ingrid Matthäus-Maier zur Vorstandsvorsitzenden der KfW Bankengruppe innerhalb der Bundesregierung Absprachen zur Dauer der Tätigkeit und zur Nachfolge nach Vertragsende?
28. Abgeordneter
Dr. Hermann Otto Solms
(FDP) Ist die letzte Sanierungshilfe des Einlagensicherungsfonds privater Banken (300 Mio. Euro) konditioniert, und wenn ja, in welcher Form?
29. Abgeordneter
Dr. Hermann Otto Solms
(FDP) Ist es nach den Erfahrungen und Beurteilungen des Bundesministeriums der Finanzen bzw. der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht im Fall von Banksanierungen üblich, Risiken glattzustellen, oder empfiehlt es sich, die Risiken auf den Büchern zu halten und auf günstigere Marktbewertungen zu warten?

30. Abgeordneter
Rainer Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist die Position der Bundesregierung zu der von einigen Mittelmeeranrainern geforderten Gründung einer Mittelmeerbank, die sich schwerpunktmäßig mit der Wirtschaftsförderung im Mittelmeerraum beschäftigen soll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

31. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung, dass laut „dbsv-direkt“ (Online-Informationsservice des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes vom 7. Februar 2008) die europäische Postrichtlinie, die die vollständige Öffnung der Postmärkte ab 2011 vorsieht, die Schutzbestimmungen für kostenlose Blindensendungen abschafft?
32. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung auf nationaler Ebene, den behinderungsbedingten Nachteil für blinde Postkunden sowie für Blindenbibliotheken – Brailleschrifttexte sind immer umfangreicher und schwerer als Schwarzschrift; elektronische Tonträger sind in der Regel ebenfalls nicht als Standardbrief versendbar – weiterhin auszugleichen?
33. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Wie viele und welche Verstöße gegen das Gesetz gegen Preismissbrauch im Bereich der Energieversorgung und des Lebensmittelhandels sind der Bundesregierung seit Inkrafttreten der jüngsten Novelle am 1. Januar 2008 bekannt?
34. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Lehnt die Bundesregierung die vollständige eigentumsrechtliche Trennung der Übertragungsnetze von E.ON RWE, EnBW und Vattenfall und ihre Übertragung in eine Netz AG ab, und wie stellt sich die Bundesregierung die zukünftigen Eigentumsverhältnisse bei den Netzen vor?

35. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind aktuell die Kosten für Steinkohleimporte sowie für die heimische Steinkohleförderung und die aktuellen Steinkohlesubventionen je Tonne, und sieht die Bundesregierung eine unerlaubte Beihilfe als gegeben an für den Fall, dass die Steinkohlesubventionen höher sind als die Differenz zwischen den Kosten für die heimische Steinkohleförderung und denjenigen für Steinkohleimporte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

36. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung, dass die Bundesagentur für Arbeit (BA) für ihre Beamten und Angestellten ein Mitarbeiter-TV-Programm „BA direkt“ für 400 000 Euro im Jahr einrichtet, um Informationen zu vermitteln, die Teil der Ausbildung bzw. der Einarbeitung von Fachkräften sind und die mit wesentlich weniger Aufwand auch über das Intranet der BA zu vermitteln wären?
37. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung, dass die Sendung offenbar nur intern abgerufen werden soll und nicht der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung steht?
38. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(DIE LINKE.)
- Warum sind die Servicenummern der Arbeitsagenturen kostenpflichtig, und welche Einnahmen haben die Arbeitsagenturen durch die kostenpflichtigen Servicenummern insgesamt 2007 eingenommen?
39. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Gibt es Planungen, über die derzeit üblichen stichtagsbezogenen Veröffentlichungen der Bundesagentur für Arbeit hinaus Instrumente für eine aussagekräftigere Ausbildungsstatistik zu schaffen, und welche Angaben sollte eine solche Statistik nach Auffassung der Bundesregierung umfassen?
40. Abgeordneter
**Alexander
Ulrich**
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), nach der ein Handlungsbedarf im Verhältnis zwischen EU-Primärrecht und EU-Sekundärrecht besteht, um künftige Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), die Grundfreiheiten höher bewerten als Grundrechte wie das Streikrecht, auszuschließen?

41. Abgeordneter
Alexander Ulrich
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen auf das Streikrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen haben nach Einschätzung der Bundesregierung die beiden Urteile des EuGH zu „Viking“ (Rechtssache C-438/05) und „Vaxholm“ (Rechtssache C-341/05) auf die unterschiedlichen Arten von Tarifsystemen innerhalb der EU-Mitgliedstaaten?
42. Abgeordneter
Dr. Diether Dehm
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung Initiativen ergreifen, damit keine negativen Auswirkungen auf das Streikrecht in Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten der EU erfolgen, da durch das am 11. Dezember 2007 durch den EuGH in der Rechtssache „Viking“ gefällte Urteil, in dem festgestellt wurde, dass „kollektive Maßnahmen, die darauf abzielen, ein ausländisches Unternehmen zum Abschluss eines Tarifvertrags mit einer Gewerkschaft zu veranlassen, der geeignet ist, das Unternehmen davon abzubringen, von seiner Niederlassungsfreiheit Gebrauch zu machen, [...] diese Freiheit beschränken“ das Grundrecht auf Streik eingeschränkt wurde, und sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf aufgrund der vom Europäischen Gewerkschaftsbund vorgelegten Stellungnahme zu diesen Urteilen, in der der Europäische Gewerkschaftsbund kritisiert, dass durch diese beiden Urteile des EuGH zu „Viking“ und „Vaxholm“, den Grundfreiheiten im Bereich der Niederlassungsfreiheit und der Dienstleistungsfreiheit Vorrang vor dem Grundrecht auf Streik eingeräumt wird und aufgrund dieser Tatsache eine Bedrohung für das Streikrecht und die Tarifautonomie in Europa bestehe, auch wenn zu diesem Thema am 12. März 2008 auf Nachfrage der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union durch den Bundesminister für Arbeit und Soziales Olaf Scholz ausgeführt wurde, dass beide Fälle keine unmittelbare Bedeutung für Deutschland hätten, gleichzeitig aber aus den Urteilen festzustellen sei, dass als Grundsatz in der Rechtsprechung des EuGH eine Einschränkung des Grundrechts auf Streik zugunsten der Grundfreiheiten des Binnenmarkts zulässig sei?
43. Abgeordneter
Dr. Diether Dehm
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung aufgrund des Falles „Rüffert“ und der beiden Urteile zu „Vaxholm“ und „Viking“ Initiativen ergreifen, um in den europäischen Verträgen zum Beispiel eine Ergänzung durch ein Zusatzprotokoll vorzunehmen, damit der Widerspruch zwischen den Grundfreiheiten und den Grundrechten, die sich beispielsweise durch die Bindung öffentlicher Ausschreibungen an soziale, einkommenspolitische (z. B. Tariftreue) oder diskriminierungsfreie Bedingungen ergeben können, zu ver-

hindern, da mit den Urteilen zu „Viking“ und „Vaxholm“ aber auch aufgrund der Tatsache, dass durch die vom Oberlandesgericht Celle an den EuGH im Fall „Rüffert“ überwiesenen Frage, „Stellt es eine nicht gerechtfertigte Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit nach dem EG-Vertrag dar, wenn dem öffentlichen Auftraggeber durch ein Gesetz aufgegeben wird, Aufträge für Bauleistungen nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung dieser Leistungen mindestens das am Ort der Ausführung tarifvertraglich vorgesehene Entgelt zu bezahlen?“ direkte Auswirkungen auf die Möglichkeit der Mitgliedstaaten zur Sicherung solcher sozialen Regulierungen ergeben könnten, in Zukunft eindeutig durch den EU-Vertrag ausgeschlossen sind?

44. Abgeordnete
**Ulla
Lötzer**
(DIE LINKE.)

Sieht die Bundesregierung einen Handlungsbedarf, der sich aus der Auffassung des Europäischen Gewerkschaftsbundes ergibt, dass mit den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes zu „Viking“ und „Vaxholm“ die Idee eines sozialen Europas insgesamt gefährdet wird?

45. Abgeordnete
**Ulla
Lötzer**
(DIE LINKE.)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, aufgrund der Urteile zu „Viking“ und „Vaxholm“ zur Sicherung des Streikrechts als Grundrecht in Europa, ein zusätzliches Protokoll für den Lissaboner Vertrag vorzuschlagen, in dem ausdrücklich das uneingeschränkte Streikrecht als Grundrecht geschützt wird und auch eine Einschränkung durch eine rechtliche Höherbewertung durch die Grundfreiheiten in Zukunft ausgeschlossen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

46. Abgeordnete
**Cornelia
Behm**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie wird die in das Jahr 2008 vorgezogene Auszahlung von Abfindungen von Kleinrenten in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung finanziert, für die erst für 2009 Haushaltsmittel aus dem Bundeshaushalt vorgesehen waren?

47. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung damit umgehen, falls über das vorgesehene Abfindungsvolumen von 650 Mio. Euro hinaus Anträge auf Abfindung einer Kleinrente in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung gestellt werden?
48. Abgeordneter
Helmut Lamp
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung folgende Aussage des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirates für Agrarpolitik beim Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) unter Vorsitz von Prof. Dr. Folkhard Isermeyer: „Wenn Deutschland ein Drittel seiner Agrarfläche komplett für die Bioenergieerzeugung umwidmen würde, so ließen sich damit beim gegenwärtigen Bioenergie-Mix bestenfalls 20 Mio. t CO₂ pro Jahr einsparen“ angesichts der von der Bundesregierung (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit/Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik) veröffentlichten Zahlen, nach denen bereits 2006 bei einem Anteil der agrarisch für die Bioenergie genutzten Fläche von ca. 10 Prozent in Deutschland 45,2 Mio. t CO₂ eingespart wurden?
49. Abgeordneter
Helmut Lamp
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Wissenschaftlichen Beirates für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unter Vorsitz von Prof. Dr. Folkhard Isermeyer, dargelegt im Bericht „Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung – Empfehlungen an die Politik“ (November 2007), dass die „Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe“ in ihrer gegenwärtigen Struktur nicht optimal für die Politikberatung aufgestellt sei und dass die Einbettung des Deutschen Biomasse-Forschungszentrums in die deutsche Forschungslandschaft ein Schritt in die falsche Richtung sei?
50. Abgeordnete
Ulrike Höfken
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum führt die Bundesregierung erneute Risikofaktoren für die Sicherheit von Lebens- und Futtermitteln sowie der Tiergesundheit durch die geplante Wiedereinführung der Tierabfälle (K3-Materialien) in die Lebensmittelkette ein, obwohl auch in der Vergangenheit das Verbot der Verfütterung an Wiederkäuer unterlaufen wurde, BSE zu enormen Schäden führte und die häufigen Fleischskandale die kriminelle Energie im Fleischsektor beweisen?

51. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Welche durch das Sturmtief „Emma“ entstandenen Schäden in den deutschen Wäldern und Forsten sind der Bundesregierung bekannt, und wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle Stabilität der deutschen Wälder und Forsten ca. ein Jahr nach Orkan „Kyrill“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

52. Abgeordneter
Alexander Bonde
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Zeitraum hat das Bundesministerium der Verteidigung an seinem Berliner Dienstsitz besuchenden Schulklassen und anderen Besuchergruppen zur Verpflegung Gutscheine der Restaurantkette „McDonalds“ ausgehändigt, und ist dies auch nach Kritik des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe, an sich häufenden Fällen von Übergewicht bei der Bundeswehr noch immer gängige Praxis?
53. Abgeordneter
Alexander Bonde
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche zusätzlichen Kosten entstehen bei der Entwicklung des Flugkörpers „Meteor“ durch Durchführung von Tests am nicht vorgesehenen Flugzeugtyp „Gripen“, und wer trägt diese Mehrkosten?
54. Abgeordneter
Paul Schäfer
(Köln)
(DIE LINKE.)
- Bei welchen Einheiten der afghanischen Armee sind derzeit militärische Ausbilder bzw. Operation Monitoring and Liaison Teams (OMLT) des deutschen ISAF-Kontingents aktiv, und wie stellt die Bundeswehr dort sicher, dass im Fall eines Einsatzes des afghanischen Kontingents keine Minderjährigen eingesetzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

55. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern trägt ein Träger oder Seminaranbieter (Christival, <http://www.christival.de/article.php?article=415&PHPSESSID=730e44bd8c0641cb7d7fa695857f42fe>) den Vorgaben der Richtlinien des Kinder- und Jugendplanes Rechnung, „Mädchen und Jungen darin [zu] unterstützen, ihre Identität zu entwickeln, ihr Selbstbewusstsein [zu] stärken und sie zu befähigen, ihr Leben eigenständig zu planen

und selbstbestimmt ihre Interessen zu verfolgen, Mädchen und junge Frauen sowie Jungen und junge Männer für einen partnerschaftlichen Umgang [zu] sensibilisieren, ihnen die Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Rolle ermöglichen und sie dazu befähigen, Konflikte gewaltfrei zu lösen,“ wenn er als Folgen des sexuellen Missbrauches „homosexuelle Neigungen“ definiert (<http://www.wuestenstrom.de/index.dhtml/2047d060ee64b71809if/-/deDE/-/CS/-/news/schwerpunkte/news/2007/200707/Missbrauch>), Homosexualität generell für veränderbar, therapierbar oder heilbar hält („Schwule können ‚anders‘ werden“ <http://www.wuestenstrom.com/index.dhtml/2547d0703064bd2035sc/-/enEN/-/CS/-/news/news/2007/200701/ideaHUK>) vor dem Hintergrund der korrekten wissenschaftlich begründeten Feststellung der Bundesregierung „Die Bundesregierung vertritt weder die Auffassung, dass Homosexualität einer Therapie bedarf noch dass Homosexualität einer Therapie zugänglich ist.“ (Bundestagsdrucksache 16/8022), und war die Bundesregierung inzwischen in der Lage, die Website des Vereins wuestenstrom e. V. und andere Quellen einzusehen, die von den „Konversionstherapien“ für Homosexuelle berichten (<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,505764,00.html>)?

56. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(DIE LINKE.)

Welche Projekte unterstützt die Bundesregierung zur Erforschung der Heimpädagogik in der DDR und in der BRD, und sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf vor dem Hintergrund der Äußerung des Berliner Erziehungswissenschaftlers Manfred Kappeler, der der Auffassung ist, dass für die politisch opportune Aufarbeitung verfehlter Heimpädagogik in der DDR Geld vorhanden sei, für eine vergleichbare Forschung in den alten Bundesländern aber nur schwierig Mittel zu beschaffen wären (kfd direkt, Februar 2008)?

57. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie sieht das Konzept der generationsübergreifenden Freiwilligendienste, das den Vereinen und Institutionen vorgestellt wurde, sowohl in inhaltlicher als auch in finanzieller Hinsicht aus, und ist bei der Fortführung der generationsübergreifenden Freiwilligendienste eine Kofinanzierung durch die Kommunen vorgesehen?

